

## In der Senatssitzung am 23. Januar 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

18.01.2024

S 10

### Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.01.2024

#### **„Unterstützungsangebote für obdachlose und hilfsbedürftige Menschen im Bahnhofsumfeld“**

(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

##### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche regelmäßigen institutionell unterstützten oder ehrenamtlich organisierten Angebote für hilfsbedürftige Menschen gibt es im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofes?
2. Welcher Anbieter/welche Gruppe hat für welchen Ort eine Sondernutzungserlaubnis gestellt, beispielsweise zum Betrieb von temporären mobilen Hilfsangeboten und wer hat bereits eine unbefristete oder befristete Zu- oder Absage erhalten?
3. Mit welchem Ziel und durch welches Ressort werden aktuell Gespräche mit den Unterstützungsanbietenden im Bahnhofsumfeld geführt?“

##### **B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

###### **Zu Frage 1:**

Im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs gibt es eine Vielzahl von haupt- und ehrenamtlichen Angeboten. Dazu gehören die Zentrale Fachstelle Wohnen beim Amt für Soziale Dienste, die Bahnhofsmision, der Tagesaufenthalt Café Papagei, mehrere Übernachtungsmöglichkeiten für wohnungslose Menschen, der Wärmebus auf der Bürgerweide, Streetwork-Angebote, medizinische Notversorgung sowie eine Vielzahl von Angeboten für suchtkranke Menschen, darunter die Beratungsstelle Comeback und der Drogenkonsumraum. Darüber hinaus gibt es ehrenamtlich organisierte mobile Ausgabe von Mahlzeiten und Getränken, im gewissen Umfang auch von Kleidung und Schlafsäcken. Eine Übersicht sämtlicher Angebote wird regelmäßig von der Diakonie Bremen im Sozialstadtplan veröffentlicht.

###### **Zu Frage 2:**

Für temporäre mobile Hilfsangebote hat der Umweltbetrieb Bremen bis zum Jahresende 2024 Sondernutzungserlaubnisse für die Suppenengel erteilt für die Ausgabe von Mahlzeiten im Nelson-Mandela-Park, in den Altstadtwallanlagen, im Kastanienwäldchen und in den Neustadtwallanlagen beim Südbad. Sondernutzungen werden grundsätzlich befristet für ein Jahr genehmigt.

Darüber hinaus wurden Sondernutzungserlaubnisse für einmalige Hilfsangebote erteilt. Das betrifft einen mobilen Stand des Vereins „The Remnants e.V.“ sowie für eine Ausgabe von Lebensmitteln, Getränken und Kleidung durch eine Privatperson.

Dem Ordnungsamt liegen derzeit Anträge der Johanniter und der Caritas auf eine Sondernutzungserlaubnis zur Ausgabe von Mahlzeiten für den Bahnhofplatz vor. Die Anträge befinden sich noch in der Abstimmung und wurden noch nicht beschieden. Der Antrag für einen offenen Mittagstisch der Inneren Mission befindet sich derzeit noch im Beteiligungsverfahren.

### **Zu Frage 3:**

Ziel des Senats ist es, rund um den Bahnhof auch in Zukunft Menschen in prekären Lebenslagen zu unterstützen – auch mit der Versorgung mit Lebensmitteln, die insbesondere Dank Ehrenamtlicher vorgehalten werden können. Um die Angebote in Einklang mit dem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis zu bringen, werden sie vom Bahnhofplatz auf andere geeignete Orte in dessen Umfeld orientiert. Dazu haben bereits Einzelgespräche zwischen den Ressorts und den Hilfetägern stattgefunden sowie ein gemeinsamer Termin. Weitere Gespräche sind in Planung.

### **C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Männer sind überdurchschnittlich von Wohnungslosigkeit betroffen.

### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Der Antwortentwurf ist mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vom 18.01.2024 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.